

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verwaltung: Drag II, Petřínstraße 15 • Telefon: 20793, 31469, Nachdruck: (ab 21 U.) 33355 • Postfach: 57344

13. Jahrgang.

Samstag, 11. November 1933

Nr. 264.

Standrecht über Oesterreich

Mord, Brandstiftung und boshafte Beschädigung fremden Eigentums mit dem Tode bedroht

Wien, 10. November. Um halb 12 Uhr nachts hat die Regierung durch den Rundfunk verkünden lassen, daß über Oesterreich das Standrecht verhängt worden ist. Damit wird die in Oesterreich abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt. Mit der Todesstrafe bedroht sind alle Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums.

Alle standrechtlichen Verfahren wurden in das Wiener Landesgericht I konzentriert. Die Verhängung des Standrechtes hat begreiflicher Weise die ohnedies bis auf das äußerste gespannte Stimmung in Oesterreich noch mehr erregt.

Erregte Stimmung in Wien

Das Verbot aller Feiern des Jahrestages der Republik sowie der Feier am Grabe Viktor Adlers hatte die Wiener Arbeiterschaft derart erregt, daß heute nachmittags in allen Wiener Fabriken Betriebsversammlungen abgehalten wurden. An den mehr als 400 Versammlungen nahmen etwa 150.000 Arbeiter teil. Die Stimmung war schon in diesen Versammlungen außerordentlich erregt. Ein großer Teil der Arbeiter war entschlossen, sofort Aktionen zum Sturz der Regierung zu unternehmen. Die Polizei hatte diese Betriebsversammlungen nirgends aufgelöst.

Kurz darauf fanden weitere 300 Versammlungen der Parteimitglieder in den verschiedenen Bezirken statt. An diesen nahmen 50.000 Parteimitglieder teil. Von diesen Versammlungen

wurde ein großer Teil von der Polizei aufgelöst. Die Teilnehmer zogen auf die Straße und demonstrierten dort mit lauten Rufen gegen Polizei und Regierung. Besonders in den Arbeiterbezirken waren die Straßen schwarz vor Demonstranten.

Die Polizei ging an einigen Stellen brutal mit dem Gummiknüppel gegen Demonstranten vor. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen eine große Anzahl von Demonstranten verletzt wurde.

In den späten Abendstunden (noch vor der Verhängung des Standrechtes) war die Stimmung außerordentlich erregt. In allen Wiener Straßen streifen Polizeipatrouillen. Die Polizei hat strengste Alarmbereitschaft.

Ein neuer Schlag gegen die Gemeinde Wien

Wien, 10. November. Der Ministerrat hat beschlossen, den Finanzminister zu ermächtigen, die Gemeinde Wien aufzufordern, unverzüglich die Bestimmungen über nachstehende Abgaben und Tarife abzuändern, bzw. aufzuheben: 1. Wertwachstumsabgabe, 2. Hausgehilfenabgabe, 3. Luftbarkeitsabgabe, 4. Gas- und Strompreise. Die Bundesregierung behält sich vor, falls ihrem Verlangen in angemessener Frist nicht entsprochen würde, durch Erlassung von Verordnungen einzugreifen.

Durch die Aufhebung, bzw. Herabsetzung dieser Abgaben würde die Gemeinde Wien weitere 20 Millionen Schilling einbüßen. Dadurch wäre ihre gesamte Finanzwirtschaft in Frage gestellt.

Verkrüppelte Kinder als Nazi-Opfer

Graz, 10. November. Der 12jährige Schüler Messelbeck, ein Angehöriger der Hitlerjugend, fertigte gestern in der Wohnung des Bäckereimeisters Vogelhuber eine Bombe an, die er ausprobieren wollte. Die Bombe explodierte vorzeitig und riß dem Hitlerjungen alle Finger der rechten Hand ab.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der Innsbrucker Vorstadt Pradl. Ein 15jähriger Knabe stellte in Anwesenheit seiner Eltern Schwarzpulver her. Die von ihm hergestellte Mischung explodierte plötzlich. Der Knabe erlitt schwere Verbrennungen am Auge, die seine Erblindung zur Folge haben werden.

Nazi-Anschläge gehen weiter

Wien, 10. November. Im elektrotechnischen Institut der Wiener Technik und im Hauptgebäude der Technik explodierten heute vormittags wiederum mehrere Rauch- und Tränengasbomben. Die Vorlesungen mußten zum Teil abgebrochen, zum Teil in andere Säle verlegt werden.

Weibliche Reinigungskolonnen

In der Gemeinde Vitzfeld (Steiermark) haben sich in den letzten Tagen auch Frauen an der Verteilung und dem Ankleben nationalsozialistischer Flugzettel und Halenkreuze beteiligt. Deshalb hat die Gendarmerie zwei Reinigungskolonnen aufgestellt, die aus den Frauen und Töchtern der prononzierten nationalsozialistischen Führer bestehen. Diese Reinigungskolonnen mußten die verstreuten Halenkreuze auflesen und die angeklebten Flugzettel beseitigen.

Das Drama der Aufständischen in Havanna

Havanna, 10. November. Der Kampf um die Festung Atares, in der sich die Revolutionäre verschanzt hatten, war sehr dramatisch. Nach Beginn des Angriffes durch die Kanonenboote begann sofort im Hauptquartier der Aufständischen das Radio zu arbeiten. Die Aufständischen teilten mit, sie würden mit der Sprengung der elektrischen Straßenbahnen und öffentlichen Gebäude beginnen, da sie entschlossen seien, durch eine Verweigerungsdemonstration das Regime des Präsidenten Grau San Martín zu stürzen und de Cespedes neuerlich als Präsidenten einzusetzen. Präsident Grau berief um die Mittagsstunde einige Vertreter der Neutralen zu sich und entsandte in die Festung Atares den uruguayischen Gesandten Fernandez Medina, um den Aufständischen die

Geheim numeriert! Die „Neta“-Sager werden gelobt!

London, 9. November. (Zupref.) Der Berliner Berichterstatter der Londoner „Times“ teilte seinem Blatte mit, daß die deutschen Wähler, die mit Hitler nicht einverstanden sind, aus Angst vor Vergeltungsmahnen nicht wagen, gegen Hitler zu stimmen. Die Wähler sind der Ansicht, schreibt er, daß auf den Stimmzetteln durch ein besonderes Verfahren nicht sichtbare Nummern angebracht werden und daß auf diese Weise alle Nein-Wähler ermittelt werden können. Eine Reihe deutscher Zeitungen hat zu dieser Veröffentlichung Stellung genommen und sich „aus autoritativer Quelle“ erklären lassen, daß es sich um die private Ansicht des englischen Korrespondenten handele.

Kunmehr stellt der Berliner Korrespondent der „Times“ ausdrücklich fest, daß er der Auffassung zahlloser Deutscher, und nicht nur solcher in Berlin, Ausdruck gegeben habe.

Russische Aufträge nach Oesterreich

Wien, 10. November. In den letzten Wochen sind einige größere russische Aufträge an Oesterreich vergeben worden. Es handelt sich vorwiegend um Bestellungen in Stahl, Motoren, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen. Zum erstenmale verhandelt auch die Alpine-Montangesellschaft wegen russischer Bestellungen. In der nächsten Zeit werden sich auch einige große österreichische Gesellschaften nach Moskau begeben, um über den Abschluß weiterer Aufträge zu verhandeln.

Friedensbedingungen vorzulegen. Die Kanonenboote der Regierung stellten ihre Tätigkeit ein, um es den fremden Staatsangehörigen zu ermöglichen, das bedrohte Gebiet um die Festung zu räumen. Die Aufständischen lehnten die Aufforderung zur Übergabe ab, so daß die Beschickung sofort mit verdoppelter Intensität eröffnet wurde. Ganz Havanna zitterte unter den Detonationen der schweren Geschütze.

Die nach der Kapitulation der Festung festgenommenen etwa 1000 Aufständischen wurden sofort in die bereits überfüllten Gefängnisse in Havanna geschafft. Durch die bei der Beschickung der Festung Atares getöteten 40 Mann erhöhte sich die Zahl der Opfer der letzten zwei Tage auf 100.

Waffen aus dem Duxer Arsenal

Als wir seinerzeit dem „Tag“ nachwies, daß zwischen der NSDAP und der NSDAP nicht nur ideologische, sondern auch organisatorische Zusammenhänge bestanden, verfiel er auf den Ausweg der öden Schimpferei. Er warf uns Denunziation vor, ja er fand sogar, um diese Art der „Widerlegung“ unserer Anlagen wirkungsvoller zu gestalten, das geistreiche Wort „Sozialdenunzianten“.

„Der Tag“ und seine Partei sind mittlerweile den Weg in die bessere Zukunft gegangen, in die sie das sudetendeutsche Volk führen wollten. Aber die „geistigen“ Waffen, die im Duxer Arsenal gegen uns geschmiedet wurden, sind immer noch in Gebrauch. Die „Demokraten“ und die Christlichsozialen, wie auch die bürgerliche Provinzpresse schwingen sie mit Eifer.

So ist ihnen denn doch etwas aus ihrer Gleichschaltungszeit geblieben: die Verunglimpfung und Beschimpfung der deutschen Sozialdemokratie, deren zielbewußter und energischer Kampf die Hitlerbegeisterten in die Schranken wies und dadurch unermessliches Unglück für das gesamte sudetendeutsche Volk verhütete. — Heute freilich sind auch die Schurken „geschickt“, die früher die Mörder lobten; heute verketen sie der nationalsozialistischen Partei und ihren eingesperrten oder geflüchteten Führern Ejelsfußtritte, heute tun sie so, als ob sie immer schon gesagt hätten, daß es so kommen mußte. Heute entdecken sie, daß die Politik, die die Nationalsozialisten trieben, das sudetendeutsche Volk an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Um ihre eigene Vergangenheit vergessen zu machen und die von ihnen nun feige verratenen Parteien besser beerben zu können, zeihen sie die deutschen Sozialdemokraten der Denunziation.

Denunziation! Ach, als die Nationalsozialisten in der Blütezeit ihrer Bewegung an den Grenzen des Landes die erbärmlichsten Spitzeldienste für die Hitlermörder leisteten, machten ihnen die Männer in der „Deutschen Presse“ und „Bohemia“ tapfer die Mauer. Arbeiter und Arbeiterinnen aus unserem Grenzgebiet, die drüben beschäftigt waren, wurden von den Nazischurken einzeln vernabert, viele wurden verhaftet, einige ins Konzentrationslager gebracht. Es war eine teuflisch organisierte Denunziation, mit deren Hilfe unsere sudetendeutschen Arbeiter ums Brot gebracht wurden! Das fanden die Hüter der politischen Moral durchaus in Ordnung; nicht ein einziges Mal haben sich die bürgerlichen Blätter für die Opfer der nationalsozialistischen Denunziationen ausgesprochen.

Nicht nur nach Deutschland hinüber wurde denunziert — diese Tätigkeit wird heimlich noch immer fortgesetzt, wie durch die Verhaftung von Hitlerespionen fast täglich bewiesen wird —, sondern auch innerhalb unserer Landesgrenzen. Die nationalsozialistisch verweichte Beamtenschaft in den einzelnen Betrieben hat, soweit sie die Aufnahme und die Entlassung von Arbeitern beeinflussen kann, dafür gesorgt, daß sozialdemokratische Arbeiter nicht eingestellt und bei Aufnahmen nicht berücksichtigt werden. Hunderte sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen haben auf diese Weise ihren Arbeitsplatz verloren, der mit Halenkreuzern besetzt wurde. Auch gegen diese niederträchtige Denunziantentätigkeit haben die Leute, die jetzt in politischer Moral machen, nie Stellung genommen. Es handelte sich ja um marxistische Arbeiter, um „Unermenschen“ also, die zu denunzieren und ins Konzentrationslager zu bringen, die brotlos zu machen oder zu ermorden ein rechter Volksgenosse vom Schlage derer, die uns Denunzianten schimpfen, als seine Pflicht erachtet. Sie sind nur verhindert, diese Moralhüter, all das zu tun, was ihnen an Hitler und der SA

Nazi-Partei wird aufgelöst

Ankündigung Malypetr's im politischen Ministerkomitee

Prag, 10. November. Amtlich wird gemeldet: Der Vorsitzende der Regierung hat in der Konferenz der politischen Minister mitgeteilt, daß er dem Ministerrat einen Beschluß vorlegen werde, gemäß dem Gesetz vom 25. Oktober 1933, Nr. 201, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, die Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei aufzulösen.

Die Auflösung der Partei zieht außer der Einziehung des gesamten Vermögens zugunsten der Staatskasse u. a. den Verlust aller parlamentarischen Mandate der aufgelösten Partei nach sich, ohne daß Erfahrungsmänner einberufen würden. Der Mandatsverlust muß jedoch erst von einem eigenen Mandatsrat der Obersten Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgesprochen werden, dem die Regierung von ihrem Beschluß unverzüglich Mitteilung machen muß.

doch nur wir allein. Wir wollen Frieden und Verständigung, nichts anderes! Wir wollen unseren früheren Gegnern die Hand geben! Es muß wieder ein Strich gezogen werden unter die traurigste Zeit der Weltgeschichte. Man sagt: Ihr meint es nicht ehrlich. Ich sage: Was soll ich denn tun, daß ihr uns glaubt? Meine Volksgenossen, ich glaube, in einer solchen Zeit muß man sehr hart sein und darf vor allem von seinem Recht keinen Zentimeter abweichen. Wir protestieren dagegen, daß man den Charakter eines Volkes nach seinen Emigranten beurteilen will.

An die Adresse der internationalen Mächte erklärte Hitler dann u. a.: Wir sind jederzeit gerubereit, an jeder Konferenz mitzuwirken, wir sind gern bereit, an jedem internationalen Vertrag mitzuwirken — aber nur als Gleichberechtigte.

Vor der zum Antrreten befohlenen, längst „gefäulerten“ und „ausgelämmten“ Siemens-Belaghaft hat der Kanzler des Dritten Reiches sich heute ausnahmsweise nicht als Retter Deutschlands und Europas vor dem Bolschewismus empfohlen, dafür um so eifriger die Friedenswalze gedreht. Die Leiter der gleichgeschalteten Presse kann er freilich fragen, wie denn andere Länder sich durch dieses Deutschland bedroht fühlen könnten, das von Friedensliebe triefe.

Das Ausland weiß aber, daß in Deutschland jetzt Rüstungskonjunktur ist, daß auf dem Schießplatz bei Meppen in Westfalen Riesengeschütze ausprobiert werden, die noch stärker wirken als die 42 Zentimeter-Mörser der gleichen Truppenfabrik im Weltkrieg, daß ihre motorisierten Feldhaubitzen in Jüterborg eingeschossen werden, daß mindestens 6000 Flugzeuge fertig oder im Bau begriffen sind, daß Leuna, Dresden-Kadebeul, Stolzenberg-Hamburg, Schering-Nahbaum in Berlin-Wedding und Berlin-Neiersdorf Mordgas fürchterlichster Art herstellen und daß zu der braunen Armee, dem durchmilitarisierten Arbeitsdienst, der „wehrportlich“ einexerzierten Jugend nun noch die noch nicht im Betrieb oder Amt erfahrenen Reservisten kommen, die man durch Hausbesuche als Mitglieder des Goerringischen Reichsluftschutzes wirbt, um sie bald darauf in eine Schulturnhalle zu bestellen, wo sie ein Herr Major in Empfang nimmt, um erst einmal wieder Schwung in die alten Knochen zu bringen — was alles zusammen die schönste allgemeine Wehrpflicht und ein Heer von einer ganz neuen Millionenzahl ergibt. Aber natürlich ist das alles nur der Feuerwehrr oder einem Rauchschub gleich, ebensowas wie die SS und SA, die nach Köhms Meldung 850.000 Mann zählen.

Der zweite Hauptpunkt der Fabrikrede dieses „Vortagesandten“ sind die Emigranten. Ein Mordbandenhäuptling, der nach langem Zeugnens zugegeben hat, daß seine Leute fünfzig wehrlose Gefangene erschlagen haben, um im gleichen Atemzug diese Opfer Salunken zu nennen, sagt: Männern und Frauen, die wegen ihres Kampfes gegen den chauvinistischen Völkerrass vor dem Terror der fanatischen Völkerrassprediger fliehen mußten, jetzt nach, sie allein hätten die Völker gegeneinander gehetzt. Er meint die Flüchtlinge zu beschimpfen, wenn er geifert, sie seien anderswo eben so zu Hause wie in ihrer deutschen Heimat.

Jawohl, die um Lebensmöglichkeit in Deutschland gebrachten, ihres Eigentums beraubten, ausgebürgerten und nicht selten bereits von braunen Folterknechten schwer mißhandelten Emigranten ziehen ein dürftiges, aber von Erniedrigung freies Leben im Ausland den SA-Koltern samt den Konzentrationslagern dieses Deutschland vor. Ja, lieber als Objekte bestialischer Hasses zu sein, darben sie in Kulturländern, die stolz darauf sind, den Verfolgten Zuflucht zu gewähren. Und sie werden weiter tun, was sie vermögen, um die Welt den wahren Charakter der Verderber Deutschlands erkennen zu lassen!

Stimmenzählung

Hitler wieder im alten Beruf



Goebbels: „Fein machen Sie das, Hoher Meister!“
Hitler: „Ja Bubi, gelernt ist gelernt!“

Der Prozeß gegen die Komotauer Galenkreuzler.

Ein ruhiger Verhandlungstag. — Ein sensationeller Tag steht bevor. Urteil erst Montag!

Prag, 10. November. Bei der heute fortgesetzten Verhandlung wurde die Einvernahme der gestern einvernommenen Angeklagten noch dahin ergänzt, daß das Gericht ihre Einstellung zu dem Programm der reichsdeutschen Nationalsozialisten durch direkte Befragung festzustellen suchte. Prozeßualbedeutung ist dies deshalb, weil nach obersterichterlicher Entscheidung das Bekenntnis zum Programm der NSDAP an sich ein Delikt gegen das Schutzgesetz beinhaltet, weil dieses Programm sich gegen die Integrität unseres Staates richtet. Die Angeklagten erklärten, dieses Programm in seinen Einzelheiten nicht zu kennen.

Das Beweisverfahren

mit der Einvernahme des Wachtmeisters Kunz eröffnet, der den Raß bei seiner zweiten Grenzüberschreitung verhaftete, weil ihm dessen Gebahren verdächtig erschien. Die Einvernahme dieses Zeugen gestaltete sich überaus langwierig und dauerte fast zweieinhalb Stunden, weil verschiedene Details seiner Darstellung, die freilich an Präzision und Klarheit zu wünschen übrig ließ, die Verteidigung zu Vorstößen veranlaßte, die zu langen Debatten führten. Als Resultat dieser Einvernahme ist zu verzeichnen, daß sie den in der Anklage niedergelegten und bereits geschilderten Sachverhalt vollkommen bestätigte.

Nicht minder schleppend gestaltete sich die Vernehmung des Gendarmerie-Stabskapitäns J. Böhm, der als Kommandant des Bezirksgendarmeriekommandos Komotau den verhafteten Josef Raß in Gegenwart der Oberwachmeister Ritel und Franz verhörr und ebenso auch die auf Grund seines Geständnisses verhafteten fünf Nebenangeklagten einvernommen hat. Da die Rolle des Hauptangeklagten Raß bereits vollkommen klar liegt und keiner weiteren Aufklärung bedarf, interessiert nur mehr die

Beteiligung der Nebenangeklagten

an dieser Sache, die denn auch in mehr als ausführlicher Weise erörtert wurde. Während wirkte hierbei einerseits die nicht ganz genaue Stilisierung der Protokolltexte, andererseits und vor allem aber die Unklarheiten und Ungenauigkeiten, die sich bei Uebersetzungen einzustellen pflegen, als lebendiger Beweis dafür, daß die heutige Sprachpraxis keinen Idealszustand darstellt.

So hat z. B. nach Aussage des Stabskapitäns Böhm der Hauptangeklagte Raß bei Kon-

frontation mit dem Angeklagten Fischer diesem ins Gesicht gesagt, daß er, Raß, dem Fischer seine Funktion bei der SA, wie auch seine Aufgabe (nämlich die Beschaffung tschechoslowakischer Gasmasken) klar und deutlich darzulegen und ihm „angedeutet“ habe, ihm dabei behilflich zu sein. Das Wort „angedeutet“ ist die Uebersetzung des tschechischen Wortes „naznaciti“, welcher Ausdruck sich in den privaten Notizen des Zeugen findet. Das ist nun freilich ein vieldeutiges Wort. Fischer behauptet, es sei nur von Gasmasken im allgemeinen Sinne gesprochen worden, ohne konkrete Aufforderung zur strafbaren Mithilfe. Gerade das Wort „and euten“, das in dieser Zeugenansage figuriert, ist ein recht verichwommener Begriff, der nicht erkennen läßt, ob es sich um eine gesprächsweise Erwähnung des heißen Punktes oder um eine widerrechtliche Aufforderung handelt. Ebenso verschiedenartig auszulegen ist die Antwort Fischers auf Raß' Andeutungen: „Wenn es nur möglich ist.“ So gab es auch in diesem Punkte verschiedene Schärmeüel zwischen der Verteidigung und dem Zeugen, die dessen Vernehmung außerordentlich in die Länge zogen.

Im Laufe des Nachmittags wurden eine Reihe wenig bedeutsamer Zeugen einvernommen, die über verschiedene Einzelheiten auszusagen hatten, die kein allgemeines Interesse beanspruchen können. Dagegen verspricht dieser Prozeß, dessen Bedeutung für die sozialistische Öffentlichkeit ja nicht in seiner formalen Abwicklung besteht, sondern in den Einzelheiten in die Maschinerie eines bestialischen Systems allerlei Ueberraschungen, die vielleicht dem morgigen Prozeßtag ein wirklich sensationelles Gepräge geben werden. Möglicherweise wird sich die Urteilsfällung bis Montag verschoben, eb.

Der Wahlterror

muß von den Opfern bezahlt werden.
SA-Leute gehen von Haus zu Haus und bevölkern truppweise die Straßen, um Plakette zu verkaufen mit der Aufschrift: „Ich stimme mit Ja!“ Es wird dabei überall ausdrücklich erklärt, daß es Zwang sei, diese Plakette für 20 Pfennig zu kaufen und bis zum 12. November zu tragen. Wer sich weigere, dieses zu tun, zeige damit, daß er ein Gegner der jetzigen Regierung sei und habe sich die Folgen selber zuzuschreiben.



Die Krise des Kommunalkredits

Ein Vorschlag zur Lösung.

Der Finanzreferent des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper Dr. Viktor Frank in Teplitz-Schönau veröffentlicht in der „Zeitschrift für Kommunalverwaltung“ einen Vorschlag zur Regelung der Kommunalschulden. Dieser Vorschlag besteht im Wesentlichen in der Errichtung eines Fonds für die kommunale Schuldenregelung (Konsolidierungsfonds). Dieser Fonds ist berechtigt Teilschuldverschreibungen bis zu einer Höhe von zwei Milliarden Kc auszugeben. Jede Gemeinde, bzw. jeder Bezirk kann den Fonds um die Regelung des Schuldendienstes, der bis zum Inkrafttreten dieser Vorschriften aufgenommenen Darlehen ersuchen. Zur Sicherung des Dienstes der Anleihe wird dem Fonds von den Landesbehörden die in den betreffenden Gemeinden und Bezirken eingehobene Wertzuwachsabgabe überwiesen. Die Gläubiger der Selbstverwaltungskörper, deren Schuldenregelung vom Fonds bewilligt wurde, haben innerhalb eines Monats von der Kenntnis des Angebotes an über dessen Annahme oder Ablehnung zu erklären. Mit der Annahme des Angebotes erhält der Gläubiger gegen den Fonds einen Anspruch auf Ausbändigung von Schuldverschreibungen in der Höhe des Nennbetrages der gesamten von der Fondsverwaltung ermittelten ungedeckten Schuldforderungen gegen den betreffenden Selbstverwaltungskörper. Neuen Selbstverwaltungskörpern, denen die Schuldenregelung bewilligt wurde, wird bis zum 31. Dezember 1940 untersagt, neue Darlehen für nicht unmittelbare produktive Zwecke aufzunehmen.

Protest gegen die Brennstoffverteuerung.

Gestern fand im Prager Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsausschüsse der Automobilfabriken statt. Vertreten waren die Böhmischnährische Maschinenfabrik, die Tatrawerke, die Skodawerke sowie die Firmen Walter, Aero und Janecel. Es wurde insbesondere Beschlüsse darüber gefasst, daß über Anregung des agrarischen Landwirtschaftsministers eine Neuregelung des Spiritusbeimischungsgesetzes herbeigeführt werden soll, was eine erhebliche Verteuerung der Treibstoffe mit sich bringen würde. Es wurde beschlossen, die beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zu bevollmächtigen, eine Deputation zum Ministerpräsidenten und zum Verteidigungsminister zu entsenden.

Arbeiterfürsorge.

Der Verband „Arbeiterfürsorge“ in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet für seine böhmischen Bezirksvereine am

Sonntag, den 12. November 1938 in Prag 1, Odborový dům, Na Perštýně 11

und am Sonntag, den 19. November 1938 in Olmütz, Gewerkschaftshaus, für seine mährisch-schlesischen Bezirksvereine je eine

Landeskonferenz

mit folgender Tagesordnung:
1. Bericht über die bisherige Tätigkeit des Verbandes „Arbeiterfürsorge“
2. Die Aufgaben der Arbeiterfürsorge in der Krise. Referent Genosse Kögler, Bodenbach.
3. Gegenwartsaufgaben der Arbeiterfürsorge. Referent Gen. Dr. Gruschka, Ausfing.
Die Delegierung erfolgt nach § 5 der Satzung des Verbandes „Arbeiterfürsorge“.
Verband „Arbeiterfürsorge“.
Theodor Gadenberg, Vorsitzender.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Durchführung des Kartellgesetzes im Bereiche des Statistischen Staatsamtes.

Durch das Kartellgesetz wurde dem Statistischen Staatsamt aufgetragen, ein Register der bestehenden und neu gebildeten Kartelle und eine Sammlung der Urkunden anzulegen sowie die Preisbewegung der kartellierten Waren in Evidenz zu halten. Gestern wurden den Vertretern der Tages- und Nachpresse in einer vom Präsidenten des Amtes Dr. Kuerhan einberufenen informativen Besprechung Mitteilungen über die bisher vom Statistischen Staatsamt durchgeführten Arbeiten gemacht.

Soweit es sich um die Anlegung des Registers und der Urkundensammlung handelt, berichtete O.-S.-R. Dr. Strehlik, daß die Registrierung der Kartellvereinbarungen, deren es bis jetzt 550 gibt, wahrscheinlich bis Ende November 1933 durchgeführt sein wird. Ende Dezember 1933 wird das Kartellregister der Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Urkundensammlung bleibt allerdings unzugänglich. In das Kartellregister werden die einzelnen Kartellvereinbarungen eingetragen, keineswegs die Kartelle als Ganzes. Die größte Zahl der Kartellvereinbarungen betrifft Erzeugnisse der Eisen- und der chemischen Industrie. (22,7 Prozent, bzw. 22,8 Prozent der Gesamtzahl aller angemeldeten Vereinbarungen.) Von der Gesamtzahl aller angemeldeten Vereinbarungen wurden 84,0 Prozent vor dem 1. September 1933 geschlossen. Fast 22 Prozent aller angemeldeten Vereinbarungen enden im Laufe des Jahres 1933 und den folgenden Jahren, 20,1 Prozent im Jahre 1934, 12,5 Prozent im Jahre 1935 und ebenso im Jahre 1936, 7,0 Prozent im Jahre 1936 und 5,0 Prozent im Laufe des Jahres 1937; zeitlich unbefristet sind im ganzen 21,0 Prozent. Die relativ längste Dauer zeigen die Vereinbarungen hinsichtlich Zuder und Stärke.

Zur Durchführung der Kartellvereinbarung kann auch eine Organisation errichtet worden sein; solche Organisationen haben 69,9 Prozent aller Kartellvereinbarungen. Die Vereinbarungen hinsichtlich Zuder und Stärke werden zu mehr als 79 Prozent von Organisationen durchgeführt, die Vereinbarungen hinsichtlich Eisen zu mehr als 70,2 Prozent, hingegen die Vereinbarungen hinsichtlich chemischer Erzeugnisse nur zu 37 Prozent. Alle Daten über die Kartellvereinbarungen sind vorläufiger Art und werden bei der späteren statistischen Verarbeitung möglicherweise etwas abgeändert und durch eingehendere Angaben erweitert werden.

O.-S.-R. Dr. Ryba teilte mit, daß bisher 235 Anmeldungen von Kartellpreisen und -Sätzen im Sinne des § 4 des Kartellgesetzes erfolgten. Einzelne dieser Anmeldungen sind allerdings negativ, d. h. daß die betreffenden Kartellabmachungen sich nicht auf die Festlegung von Preisen beziehen, oder daß die Anmeldenden erklären, daß die Abmachungen nicht dem Kartellgesetz unterliegen, oder daß die Angaben nur aus Gründen der Vorsicht erfolgten. Die Zahl der Anmeldungen wird sich zweifellos noch erhöhen. Auffallend ist der Unterschied zwischen der Zahl der angemeldeten Kartelle und der Preisvereinbarungen. Die volle Aufklärung wird erst dann erfolgen können, bis das Kartellregister fertiggestellt sein wird. Zwar hat ein Teil der Abmachungen zweifellos keine Festlegung von Preisen zum Gegenstand, v. B. Abmachungen über Abschließung, bei anderen werden die Parteien fälschlich der Ansicht sein, daß ihre Abmachungen nicht dem Gesetz unterliegen, da sie sich nur auf Festlegung von Geschäftsbedingungen beziehen.

Der Umfang der Anmeldungen ist ganz verschieden. Manche umfassen nur wenige Seiten, es kommt aber auch vor, daß die Mitteilungsblätter von mehr als einem halben A40 Gewicht mit hundertten und tausenden Warenpreisen in zahlreichen Varianten und Ausfertigungen vorgelegt werden. Auch zwischen der volkswirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen kartellierten Waren gibt es große Unterschiede. Einzelne Anmeldungen betreffen auch Waren, deren Preise durch internationale Kartelle bestimmt wurden. Neben Preisen für Waren werden auch häufig genug Preislisten für Lohnleistungen angemeldet, besonders in der Textilindustrie. Es fehlen Anmeldungen aus dem Versicherungs- und Transportwesen.

Schwierigkeiten werden sich bei der Durchführung der dritten Aufgabe ergeben, die dem Amt zugewiesen wurde: Die Evidenzführung der Preisbewegung. Dort, wo die Preisfestlegung einer Verkaufsorganisation überlassen ist, die sie nach den jeweiligen Marktverhältnissen durchzuführen hat, werden auch die so gewonnenen Preise gemeldet werden müssen. Anmeldepflichtig sind auch alle anderen preisbestimmenden Bedingungen, wie Abzugs- und besondere Rabatte, Zuschläge oder Nachlässe je nach dem Quantum der abgenommenen



Garantiert frei von allen schädlichen Bleich- u. Färbemitteln. Wirkt natürlich durch Kamilloflor.

ELIDA KAMILLOFLOR SHAMPOO

NATUR GAB IHNEN „ECHTES BLOND“

Haben Sie es gehütet? Oder wurde es allmählich dunkler, matter? Noch ist es Zeit: Jetzt wiederholt die Natur freigebig ihr Geschenk. Kamilloflor — Hochgebirgssonne in der Haarwäsche — gibt dem Haar auf natürliche Weise für dauernd sein leuchtendes „echtes Blond“ zurück.

Ware usw. Hier stößt die Durchführung der Arbeiten auf den Mangel an Personal. Sollte das Statistische Staatsamt seiner Aufgabe im ganzen Umfang gerecht werden, müßte es einige hundert Arbeitskräfte beschäftigen. Uebrigens wäre die Verfolgung der Preisbewegung aller Artikel gar nicht zweckmäßig. Das Statistische Staatsamt wird sich aus den angeführten Gründen darauf beschränken müssen, die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus an hervorragenden Standardartikeln zu verfolgen, wobei der Umstand, ob diese Waren durch Kartelle gebunden sind oder nicht, nicht entscheidend sein darf.

Zusammenfassend kann man auf Grund der Ausführungen beider Referenten sagen, daß die praktische Durchführung des Kartellgesetzes, soweit sie dem Statistischen Staatsamt zusteht, in vielen Fragen noch geklärt werden muß, um dem Zwecke des Gesetzes zu entsprechen.

Lohnsklaven müssen bette'n gehen. Unerhörte Zustände in der Neu-Tscheicher Hutindustrie.

Aus Neutitschein schreibt man uns: Wir haben schon berichtet, daß für die Hut- und Bekleidungsarbeiter in Neu-Titschein die Bewilligung zur Auszahlung der Krisenunterstützung bisher immer noch nicht erreicht werden konnte. Die Folgen davon machen sich besonders für die im Zentrum der Hutindustrie, in Neu-Titschein, beschäftigten, bzw. arbeitslosen Hutarbeiter in einer offensichtlich zu Tage tretenden Verelendung bemerkbar. Die Not wird weiter erschreckend vermehrt durch die Tatsache, daß die noch periodisch beschäftigten Arbeiter während ihrer knappen Arbeitszeit elende Verdienste erreichen, welche ihnen wiederum bei wochenlangem Ausbleiben aus der Arbeit, durch ungerechtfertigte Schikanen der Unternehmer bei der Bestätigung des letzten Lohnes, zum Verhängnis für den Unterstützungsbezug werden. Infolge von Kurzarbeit von oft wenigen Stunden in der Woche, infolge periodischen Ausbleibens und mit Minderverdiensten von oftmals unter 20 Kr und auch unter 10 Kr per Woche, wird das Elend vervollständigt. Durch die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung hat man eine neue ganz unbegründete Schikane bei der Lohnbestätigung zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ausgespielt. Die vorgenannten Elendsverdienste, welche bei der anarchischen Arbeitseinteilung in den Betrieben auf stundenlanges Warten auf Arbeit zurückzuführen sind, werden den arbeitslosen oder ausbleibenden Hutarbeitern als Lohngrundlage für die jeweils übliche, aber nicht bei der Arbeit verbachte Arbeitszeit eingesetzt. Dadurch erscheint der ohnehin nicht hohe Lohn der Hutarbeiter als „Wochenverdienst“ für eine faktisch stark verkürzte Arbeitszeit noch viel niedriger als er vertraglich und in normalen Zeiten ist, so daß ein großer Teil der Arbeitslosen trotz der gekürzten Arbeitslosenunterstützung nicht einmal diese voll beziehen kann und ihnen der Staatsbeitrag weiter reduziert werden muß. Obwohl dieser Vorgang der letzten gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenunterstützung widerspricht, wird er nach den Weisungen des Nordmährisch-schlesischen Industriellenverbandes von den Firmen so gehandhabt, so daß

das Elend der Arbeiter für die noch Beschäftigten, für die Unterstützungsempfänger und für die Ausgesteuerten allmählich vollkommen ist. Inzwischen wird in den Betrieben weiter rationalisiert, werden ganze Abteilungen zu einer zusammengelegten, hundert bisher qualifizierte Arbeitskräfte durch Maschinen mit wenigen jugendlichen Hilfsarbeitern ersetzt. An jedem Unternehmen, das vor zwei Jahrzehnten noch ein bis drei Chefs hatte, hängen jetzt bald so viele Dutzende mit ihren Familien daran, die alle sehr auf leben und keine Ahnung haben wie ihre Arbeitsklaven dahinsiechen und einige buchstäblich in ihrer Freizeit auf Land betteln gehen.

Eine solche Wirtschaft ist eine Gefahr für die Allgemeinheit und neben der Selbstverständlichkeit einer raschen Hilfe gegen so offensichtliches Unrecht wie es hier geschildert wird, zeigt es sich immer deutlicher, daß an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die planmäßige, durch die Allgemeinheit kontrollierte Wirtschaft treten muß, wenn beim völligen Zusammenbruch des Wirtschaftssystems nicht die Menschheit mit in den Abgrund gerissen werden soll.

Die Schwergelährte Moldau.

Wir haben ein Schiffsamt. Es ist vorhanden. Es bestimmte neuesten Datums, ab nun müssen alle Moldauschiffer Prüfungen ablegen. Bis nun war das so: aus angekommenen Schifferkreisen, regelhaft aus den Regionen von Podlitz oder so ähnlich, trat man auf einem der Dampferchen oder Dampfer einen Dienst an, bei dem man sich mit leicht erlernbaren, aber nicht immer angenehmen und keineswegs immer spielerischen Leistungen vergnügte. Wobei die Behandlungsweise mehr jorische podlitzalische Knochenzucht, als Diskussionen, Vorträge und Lebenswürdigkeit enthielt. Aber, man lernte von der Pike auf so Schiff wie — nun erst in Bezug auf das Schifflein — die ehrwürdige Moldau kennen, die voller wunderlicher „Bett“-Gewohnheiten, Launen, Strudel, Böhheiten und anderen Altweibereien ist — im Grunde nur von einer Bräute aus eine gemütliche Sache. Man lernte beim Anlegen einen sehr dicken Spagat um einen Pfahl auf dem Ufer werfen und wieder losmachen, man lernte einen großen, dicken Fußball an einer Leine schmeißen, auf daß weder Mauer noch Schiff was passierte, und dem Ball ebenfalls nicht. Vielleicht spielte man auch Fahrtüber mit dem abgeknöpften Ball 'ne Art Bordball, wobei verboten war, ihn in's Wasser zu schmeißen. Man lernte und lernte waschen, reinigen, anstreichen, leeren, heizen, auslöschen, laden, abladen; man lernte bei niedrem Wasserstand genau zwischen gemeinen Sandbänken, rüdichen unter Wasser schwimmenden Baumstämmen, mörderischen Felslöchern in einer paar handbreit schmalen Rinne mit dem Brustbein des Schiffleins durchzutauchen — also, eine Sache, die verteuert genaue Kenntnis der Moldau-Anatomie verlangt, damit die Knochen und andere Gegenstände der Passagiere hübsch in Ordnung bleiben. Man

lernte Jahre und Jahre und mußte arbeiten, schuften, sich abhärten, sich daran gewöhnen — wenn man schon selber steuerte, immer mit eininhalb Füßen im Kriminal zu stehen und doch den Halt auf den Bordplanen nicht verlieren . . . Man lernte vom verachteten Nuli mit Tau und Ball das höchste Ziel erreichen und kenntnisreich können: Steuermann, bzw. Kapitän sein. Es ging schwer, aber die Erfolge der Moldauschiffahrt verzieren so gut wie nie die Unfallschronik. Jedoch: alle diese waderen, emporgedienten Männer waren — von Kentern — ungeprüft. Die Prüfungen im Verlaufe der Lehrjahre besorgten oft genug handgreiflich die länger Dienenden und anderen Moldaugötter und die Moldau selbst. — Nun ward es anders. Nun mußten in Ehren und Wasser Ergraute in die Prüfungsbank, die in der Regel, d. h. immer unter der Last von so viel Praxiszusammenkrachte. Was bedeutet: die erprobten Herren Prüflinge fielen aus den zahlreichen, der Moldauschifferei oft sehr fern liegenden Gegenständen — die sich auch auf allgemeine Bildung beziehen — fielen auch in den bössartigen Theorien Nautik, d. h. Schiffsrechtskunde einfach durch. Manchmal auch zweifach. Wenn sie es versuchten, trotz allem durchzukommen, wie sie Jahre und Jahre durch die tollsten Schikanen der alten Dame Moldau gekommen waren . . . Umsonst. — Es entstand dank der Tätigkeit des prüfenden Schiffsamtes ein Mangel an Steuermännern, bzw. Kapitänen. Bitte, Anno Krise ein Mangel an Leuten zwecks Angestelltwerden! Denn, zwar hatten rasche Konjunkturfisten rasch die Prüfungsgegenstände studiert und glänzende Prüfungsergebnisse erzielt, aber, da man die alte Dame Moldau nicht befragt hatte, war diese beleidigt und rächte sich an den Schiffleins, die von den geprüften Kapitänen gelenkt wurden, vertraut mit der heimischen Literatur, Musik, Sprachen, Anstands- und Bürgerkunde, Parteipolitik und auch Nautik, wozu Geo., Stereo- und andere Metrien, einschließlich Astronomie gehören, damit man sich auf der Moldau, allwo am Rande der ungeheuerlichen Wasserfläche die Horizonte von zwei Meilen verschwimmen, zum mindesten bei Nacht und Nebel, nicht verirre . . . Aus den Böhheiten der gekränkten Moldau gegen die geprüften Kapitäne ergaben sich viele chirurgische Eingriffe in die Rippen, Bäuche, Steißbeine und Schlüsselbeine verschiedener Schiffe. Erprobte Moldauhauptlinge sitzen in Uferneipen und freischen sich hohnlachend die immer neuesten unfreiwilligen Untaten der armen Prüflinge zu, die den Schiffsfriedhof, Docks, andere Reparaturwerkstätten, Rettungsstationen, Spitäler und — Schiffsimmerleute mit vieler Beschäftigung versorgen werden, auf solche Art die Arbeitslosigkeit vermindern. Auch deshalb dürfte diese zum Frühjahr „saisongemäß“ sinken . . . Aber, deshalb darf man ruhig neben einem geprüften neuen Kapitän einen durchgefallenen Steuermann stellen, der denn doch der legitime Gemahl der Dame Moldau sein dürfte und seine langjährige Gattin — kennt. R. B.

Unser Blatt der „Sozialdemokrat“ ist in Prag in folgenden Vertriebsstellen zu haben:

- Bahnhofsbuchhandlung, Wilsonbahnhof, Masarykbahnhof, Denishahnhof.
- Barták, Trafik, Prag II., Týnský 2.
- Burok Hugo, Trafik, Prag I., Staroměstské náměstí 22.
- Hodrova, Trafik, Smíchov, náhř. legii 13.
- Jelinkova, Trafik, Nusle II., Mostné domy „Reformy“.
- Kotýza Jan, Trafik, Smíchov, Zborovská tř. 13.
- Krausova A., Trafik, Karlin, Královská 14.
- Krejčík A., knihkupectví, Prag-Lieben, Královská 1511.
- Kroupa Jindř., Trafik, Prag II., Rašínovo náhř. stánek 114.
- Löwenjohn Karl, Trafik, Prag II., Nekazanka 8.
- Mareš Josef, knihkupectví, Prag-Bubeneč, ul. Dr. Bráfa 24.
- Moník, Trafik, Prag I., Parlament.
- Mračkova, Trafik, Prag I., Josefská tř., stánek 127.
- Mráz Jan, Smíchov, Radlická tř. 43.
- Orbís A.-G., Zeitungsvertrieb, Praha XII., Fochova tř. 62.
- „Praga“ Zeitungsvertrieb, Prag II., Havlíčkovo nám. 23.
- Sedláč Václav, Trafik, Dejvice, Svocova.
- Skrabkova Anna, Trafik, Dejvice, Hennerovy úřednické domy 258.
- Strouhal Artur, Trafik, Prag III., Motecká 40.
- Tausig E., Zeitungsvertrieb, Prag II., Václavské nám. 45.
- Ungermann Rudolf, Prag II., Panák bei Paisthotel.
- Čistřední děln. knihkupectví, Svěcený, Prag II., Hybernská 7.
- Zemann, Trafik, Prag I., Perštýn.
- Fenzl, Zeitungsvertrieb, Prag II., Smečky 8-10.
- Und bei Straßenverkäufern: Wenzelsplatz — Mástek — Masarykbahnhof — Wilsonbahnhof.

Wenn Sie billiges elektrisches Licht

haben wollen, dürfen Sie nicht beim Lampeneinkauf sparen. Der Preis der Lampe ist nur ein Bruchteil ihrer Betriebskosten.



Qualitäts-Lampen, die bei gleichem Aufwand für Stromkosten größere Lichtmengen erzeugen als minderwertige Lampen, geben Ihnen das billigste Licht. Kaufen Sie daher die Qualitäts-Lampe mit der Marke OSRAM.

